

Rußland und NATO-Osterweiterung - Integration, Kooperation oder Isolation? Nationale/geopolitische Interessen versus mangelnde Ressourcen und fehlende Vergangenheitsbewältigung

Umbach, Frank

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Umbach, F. (2001). Rußland und NATO-Osterweiterung - Integration, Kooperation oder Isolation? Nationale/geopolitische Interessen versus mangelnde Ressourcen und fehlende Vergangenheitsbewältigung. *Osteuropa*, 51(4-5), 423-440. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-217430>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Frank Umbach

Rußland und NATO-Osterweiterung – Integration, Kooperation oder Isolation?

Nationale/geopolitische Interessen versus mangelnde
Ressourcen und fehlende Vergangenheitsbewältigung

Zusammenfassung: Eines der wesentlichen Dilemmata der russischen Transformationspolitik in Richtung Demokratie, soziale Marktwirtschaft und Schaffung eines Rechtsstaates lag in den 1990er Jahren in der zunehmenden Kluft zwischen extensiv postulierten Großmachtambitionen und den immer knapper zur Verfügung stehenden Ressourcen zur Unterstützung einer solchen Politik begründet. Kaum eine andere Frage hat diese Dilemmata der russischen Außen- und Sicherheitspolitik so offengelegt wie die Beziehungen Rußlands zur NATO nach Ende des Kalten Krieges und die Frage der NATO-Osterweiterung. Der Artikel analysiert die Genese des Konfliktes, des Prozesses und der Interaktionen zwischen NATO und Rußland in den neunziger Jahren und gibt einen Ausblick auf die kontroversen Fragen einer weiteren NATO-Osterweiterung sowie der sicherheitspolitischen Implikationen einer EU-Osterweiterung für Rußland.

Zu den widersprüchlichen strategischen Trends in der russischen Politik

Die wichtigsten strategischen Trends der russischen Innenpolitik in den 1990er Jahren können mit den Schlagwörtern Fragmentierung, Dezentralisierung, Regionalisierung und Erosion von politischer sowie ökonomischer Macht beschrieben werden. Die einstige Beschreibung des Zustandes der UdSSR als „Obervolta mit Raketen“ (Helmut Schmidt) aus den 1980er Jahren hat auch heute ihre Gültigkeit für Rußland keineswegs verloren, sondern trifft mehr denn je zu. Die mangelnde wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und die Unfähigkeit des russischen Staates seine wichtigsten Funktionen (Aufrechterhaltung öffentlicher Ordnung und Sicherheit, die Bewahrung eines monetären Systems unter Einschluß der Steuererhebung und der Auszahlung der Löhne der Staatsbediensteten sowie die Gewährung eines Mindeststandards sozialer Leistungen für die Gesamtbevölkerung) wahrzunehmen, hat sogar zu politikwissenschaftlichen und soziologischen Vergleichen mit Entwicklungsländern in der Dritten Welt geführt, die in ihrer Transformationspolitik mit vergleichbaren Problemen und Herausforderungen konfrontiert sind.

Gleichzeitig versteht sich Rußland jedoch auch weiterhin als eine Großmacht, die noch immer über das zweitstärkste Nuklearpotential der Welt verfügt und in seiner Funktion als ständiges Mitglied des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen zu allen wichtigen Welt- und Regionalproblemen konsultiert und an der Erarbeitung gemeinsamer Positionen im Rahmen des UN-Sicherheitsrates beteiligt werden will. Der Kreml beharrt nach wie vor auf die Verteidigung seiner „geopolitischen Interessen“ und der Respektierung seiner „legitimen Interessen- und Einflußsphären“, die zumeist – unabhängig von den zur Verfügung stehenden Ressourcen – als sakrosankt und objektiv nicht veränderbar gelten.

So scheinen auf den ersten Blick vor allem die russischen Positionen gegenüber der Frage der NATO-Osterweiterung einen überwältigenden innenpolitischen Konsens über die geostrategischen Interessen Rußlands zu reflektieren. Gerade in diesem vermeintlichen „nationalpatriotischen Konsens“ liegt jedoch einer der wesentlichen Dilemmas der schwierigen Transformationspolitik in Richtung Demokratie, soziale Marktwirtschaft und die Schaffung eines Rechtsstaates begründet: in der seit 1991 zunehmenden Kluft zwischen extensiv postulierten Großmachtambitionen und den immer knapper zur Verfügung stehenden Ressourcen zur Unterstützung einer solchen Politik.

Zugleich hat die Fragmentierung politischer und wirtschaftlicher Strukturen (neben den Streitkräften) auch neue außenpolitische Akteure (wie die russischen Regionen, die Finanzoligarchien und insbesondere die riesigen Konzerne der Energiewirtschaft sowie der Rüstungsindustrie) entstehen und agieren lassen, die eine kohärente Ausarbeitung nationaler Interessen zunehmend erschwert haben und in der politischen Praxis oft zu einer Nebenaußenpolitik Rußlands durch diese neuen Akteure führten. Zum Teil überschneiden sich die Interessen der russischen Regierung und des Außenministeriums mit jenen der neuen Akteure, zum Teil führt dieser Umstand auch zu massiven Konflikten, der Existenz mehrerer Außenpolitiken und dementsprechend zu einer inkohärenten Umsetzung nationaler Interessen in der konkreten Realität russischer Außenpolitik. Eine Koordination der verschiedenen außenpolitischen Interessen und ihrer Akteure war daher zumeist schwierig, zuweilen sogar unmöglich, was wiederum die Einbindung „Rußlands“ (als eines fragmentierten Staates) in die euro-atlantischen und weltwirtschaftlichen Strukturen wesentlich erschwert hat.

Bis zum Sommer 1998 und dem erneuten Zusammenbruch des russischen Finanzsystems konnten dennoch einige Fortschritte auf dem Weg zu einer etwas realistischeren Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Möglichkeiten für eine aktive Großmachtspolitik konstatiert werden. Das am 17. Dezember 1997 von Präsident Boris El'cin mit dem Dekret Nr. 1300 erlassene offizielle „Konzept nationaler Sicherheit der Rußländischen Föderation“ hatte zum ersten Mal die eigentlichen Bedrohungen für die Stabilität der Rußländischen Föderation primär innenpolitisch aus der sozio-ökonomischen Krise definiert, die damit nicht länger nur im äußeren Umfeld Rußlands zu suchen waren. Gleichwohl war auch dieses Konzept keineswegs kohärent und noch weniger konsequent in seiner Logik, sondern letztendlich das Produkt politischer Kompromisse zwischen verschiedenen Eliten und ihren spezifischen Interessen. Gleichwohl war eine realistischere Einschätzung der zukünftigen Sicherheitsbedrohungen für die russische Föderation zu erkennen. Mit der neuen Nationalen Sicherheitskonzeption vom Januar 2000, der neuen Militärdoktrin vom April 2000 und dem neuen Außenpolitischen Konzept vom Juni 2000 hat sich jedoch die Bedrohungsperzeption – u.a. als Folge des russischen Kosovo-Syndroms – wieder stärker auf äußere Bedrohungsfaktoren verschoben, obwohl auch zwischen diesen Schlüsseldokumenten russischer Außen- und Sicherheitspolitik erneut einige interessante Widersprüche und Unterschiede konstatiert werden können.

Kaum eine andere Frage hat diese Dilemmata der russischen Außen- und Sicherheitspolitik in den 1990er Jahren so offengelegt, wie die Beziehungen Rußlands zur NATO nach Ende des Kalten Krieges und die Frage der NATO-Osterweiterung. Dabei sind die Beziehungen sowohl aus russischer Sicht als auch bei vielen westlichen Kritikern der NATO-Osterweiterung (was stichhaltige Argumentationen allerdings nicht ausschließt) nicht selten mit zahlreichen Mythen („die NATO habe Rußland bewußt isoliert“) belegt, die in der folgenden Analyse entsprechend aufgearbeitet werden sollen. Dabei ist zu beachten, daß im Mittelpunkt der russischen Politik gegenüber der NATO stets die USA und der auf sie fixierte Konkurrenzanspruch der russischen Außenpolitik stehen. Mit dem Beitritt von Polen, der Tschechischen Republik und Ungarn im März 1999 ist die kontroverse Frage der NATO-Osterweiterung nicht gelöst, da die NATO eine prinzipielle „Politik der offenen Tür“ (begründet auf Art. 10 des Washingtoner Gründungsvertrages von 1949) erklärt hat. Für das Jahr 2002 wird eine grundlegende Entscheidung zu einer weiteren Aufnahme von Beitrittskandidaten erwartet. Rußland lehnt jedoch nach wie vor eine zweite Erweiterungsrunde der westlichen Allianz in Richtung Osten ab und hat daher in den letzten Monaten seine Warnungen sowohl gegenüber dem Westen als auch den Beitrittskandidaten intensiviert. Vor diesem Hintergrund wird der Artikel sowohl die Genese des Konfliktes, des Prozesses und der Interaktionen zwischen NATO und Rußland in den 1990er Jahren analysieren als auch einen Ausblick auf die kontroversen Fragen einer weiteren NATO-Osterweiterung und der sicherheitspolitischen Implikationen einer EU-Osterweiterung für Rußland geben.

Die russischen Sicherheitsinteressen bei der Frage der NATO-Osterweiterung

Aus Sicht Moskaus bildete die NATO stets der Antipode zum Warschauer Pakt. Obwohl es sich bei beiden um ein Militärbündnis handelt, war ihre Binnenstruktur und Funktionsweise grundlegend verschieden. Im Falle des Warschauer Paktes handelte es sich primär um ein militärisches Bündnis, das fast ausschließlich den sowjetischen Sicherheitsinteressen Rechnung trug und somit ein Instrument der Beherrschung seines strategischen Vorfeldes im Sinne der „Brežnev-Doktrin“ war. Schon frühzeitig wurde von einzelnen Verbündeten Moskaus Kritik dahingehend geübt, daß eigene nationale Sicherheitsinteressen, die keineswegs immer mit denen der UdSSR identisch sein mußten, kaum eingebracht werden konnten und in den sowjetischen Militärplanungen nicht berücksichtigt wurden. Tatsächlich trug der Warschauer Pakt allenfalls dem Gesichtspunkt der Regimeabsicherung der kommunistischen Regierungen Rechnung.

Bereits die im Zuge der Zerfallsprozesse ab Mitte 1990 in der UdSSR einsetzende innenpolitische Diskussion „Wer hat Osteuropa verloren?“ signalisierte in hohem Maße die Unfähigkeit großer Teile der politischen und intellektuellen Elite in Rußland, vorurteilsfrei und vor allem selbstkritisch die eigentlichen Ursachen der osteuropäischen Krise zu analysieren und daraus die entsprechenden Lehren für die zukünftige Gestaltung der russischen Außenpolitik zu ziehen. Statt dessen wurden zumeist eine westliche Unterwanderungspolitik, Gorbačëv und vor allem der damalige Außenminister Eduard Ševardnadze für den Abfall Osteuropas von Moskau verantwortlich gemacht.

Im Frühjahr 1991 standen sich so zwei Osteuropa-Schulen in der sowjetischen Außenpolitik gegenüber. Unter Leitung des bekannten Deutschlandexperten und Leiters

der Internationalen Abteilung des ZK, Valentin Falin, wurde eine Alternativkonzeption zu Ševardnadzes Osteuropapolitik des „neuen Denkens“ entworfen, die an traditionellen Postulaten der „Brežnev-Doktrin“ festhielt und jeden selbstkritischen Neuansatz vermissen ließ. Zugleich ließ die „Falin-Doktrin“ weitreichende geostrategische Interessen der Sowjetunion bzw. Rußlands für die neue Ära nach Ende des Kalten Krieges erkennen, deren politische Plattform für die spätere Frage der NATO-Osterweiterung eine ausschlaggebende Rolle spielen sollte. Aus Sicht der konservativen sowjetischen Parteiapparatschiks war entscheidend, daß die Region auch in der Zukunft wegen ihrer „geopolitischen Nähe, historisch-politischer und ethnisch-kultureller Beziehungen ein mit besonderer Priorität zu behandelndes Gebiet der sowjetischen Politik bleiben“ würde. Zugleich wurde in der „Falin-Doktrin“ trotz verminderter Möglichkeiten der zukünftigen sowjetischen Politik noch immer ein „bestimmter Spielraum“ der „legitimen Mittel der Einflußnahme“ gesehen. So wurde eine „Neutralisierung oder zumindest Schwächung der anti-sowjetischen Tendenzen“ in den NSWP-Staaten durch „Reserven der Einflußnahme“ angestrebt. Dementsprechend schlug diese Konzeption eine aktive Strategie vorbeugender Einflußnahme vor und ließ sich von der Überzeugung „objektiv gemeinsamer Interessen der UdSSR und der osteuropäischen Länder“ leiten. Damit konnte die Konzeption in der Tat beanspruchen, die Kritik konservativer Teile des Partei-, Militär- und Wirtschaftsmanagements kanalisiert und eine Neuausrichtung der sowjetischen Beziehungen zu ihren mittelosteuropäischen Nachbarn präjudiziert zu haben.

Im Gegensatz zur „Falin-Doktrin“ konstatierte das sowjetische Außenministerium dagegen keinen Einflußverlust der UdSSR in Osteuropa. In den Beziehungen zu den Verbündeten seien der konfrontative Charakter sowie die autoritären und paternalistischen Züge der früheren Außenpolitik beseitigt worden. Statt dessen würden nun die Prinzipien der Anerkennung der freien Wahl der Völker, der Nichteinmischung und Souveränität beachtet. Auch war das Außenministerium zuversichtlich, daß auch zukünftig die legitimen Interessen der UdSSR von den ehemaligen Alliierten beachtet und anerkannt würden.

Angesichts des innenpolitischen Klimas beschränkten sich die konzeptionellen Leitgedanken der „Falin-Doktrin“ nicht nur auf theoretische Debatten, sondern fanden gleichzeitig Eingang in die praktische Politik. Ab Frühjahr 1991 begannen die UdSSR, die Beziehungen zu den mittelosteuropäischen Staaten auf eine neue bilaterale Grundlage zu stellen. In den bilateralen Vertragsentwürfen spiegelte sich die eingeschränkte Souveränität der Verbündeten und damit die von der UdSSR verfolgte Begrenzung der zukünftigen sicherheitspolitischen Optionen ihrer ehemaligen Verbündeten wider. Die UdSSR suchte als Minimalstrategie eine Art „negative Sicherheitsgarantie“ zu erhalten, die einen Eintritt osteuropäischer Staaten in westliche Sicherheitsbündnisse wie NATO oder WEU (bei einer effektiven militärischen Ausprägung) zukünftig verhindern sollten. Als Maximalstrategie wurden vom sowjetischen Verteidigungsministerium sogar weiterhin Militärbasen auf deren Territorium (wie Polens) angestrebt. Diese wurde auch nach dem gescheiterten Putschversuch vom August 1991 zunächst keineswegs aufgegeben, wie entsprechende Forderungen des späteren russischen Verteidigungsministers, General Pavel S. Gračev, belegen. General Dubynin wollte Polen sogar militärpolitisch in die GUS-Strukturen einbinden.

Der im April 1991 unterzeichnete Vertrag zwischen der UdSSR und Rumänien war als Modell für die weiteren bilateralen Verträge mit den ehemaligen Verbündeten gedacht. In ihm war durch eine „negative Sicherheitsklausel“ fest geschrieben worden, daß keine Seite in ein Bündnis eintreten dürfe, welches gegen den anderen Vertragspartner gerichtet sei. Dementsprechend war die Dislozierung ausländischer

Truppen auf dem Territorium untersagt. Im Gegensatz zu Rumänien war jedoch kein anderer ehemaliger Verbündeter bereit, eine derartige Einschränkung der Souveränität und Unabhängigkeit seiner zukünftigen Außenpolitik zu akzeptieren. Und selbst Rumänien hatte den unterzeichneten Vertrag mit Moskau später nie ratifiziert.

Für die mittelosteuropäischen Staaten und Bulgarien war die russische Druckausübung nur ein weiterer Beleg, daß die UdSSR auch nach dem Zerfall des Warschauer Paktes und der Aufgabe der „Brežnev-Doktrin“ noch immer nicht bereit war, die volle Souveränität der ehemaligen Verbündeten zu akzeptieren. Trotz der Abhängigkeit von Energieträgern und Rohstoffen von der UdSSR waren die ehemaligen Alliierten nicht bereit, der sowjetischen Führung ein derartiges *droit de regard* zu geben. Erst als die konservativen und reaktionären politischen Kräfte in der UdSSR infolge des fehlgeschlagenen Putsches vom August 1991 diskreditiert waren, ließ das sowjetische Außenministerium die umstrittene Sicherheitsklausel fallen. Bis zum Oktober 1991 konnte die UdSSR mit Ungarn, Polen, der Tschechoslowakei und Bulgarien die jeweiligen Vertragsverhandlungen erfolgreich abschließen. Der Rückzug der UdSSR vom „äußeren Imperium“ war damit endgültig kodifiziert worden, ohne daß Moskau zukünftig ein vertraglich abgesichertes Mitspracherecht über den zukünftigen sicherheitspolitischen Status seiner früheren Verbündeten gewährt bekam.

Die Frage nach dem zukünftigen russischen Einfluß auf Mitteleuropa und nach dem zukünftigen Sicherheitsstatus der früheren Verbündeten waren damit freilich noch keineswegs beantwortet, sondern bildeten auch fortan Gegenstand heftiger Diskussionen sowohl inner- als auch außerhalb Rußlands. So sollte Rußland zunächst behaupten, daß der Zwei-plus-Vier-Vertrag vom September 1990 eine Mitgliedschaft osteuropäischer Staaten in der NATO verbiete. Nachdem dies jedoch verneint werden muß, wurde wiederholt von russischer Seite behauptet, daß während der damaligen Vertragsverhandlungen sowohl von amerikanischer als auch europäischer Seite mündlich versprochen worden sei, daß es sich im Falle der deutschen Wiedervereinigung und der Erweiterung des NATO-Territoriums um das Gebiet der früheren DDR nach einem Übergangszeitraum um einen Einzelfall handle. Ungeachtet der Frage, ob derartige mündliche Zusagen wirklich vorlagen oder nicht, ist viel entscheidender, daß die osteuropäischen Staaten Moskau nicht vertraglich zugesichert hatten, der NATO zukünftig nicht beizutreten.

Der Beginn der russischen Selbstisolierung: Rußlands Politik gegenüber dem NATO-Kooperationsrat

Im Dezember 1991 wurde der NATO-Kooperationsrat (NAKR) gegründet, der zu allen ehemaligen Warschauer Pakt-Staaten umfangreiche Kooperationsprogramme ins Leben rufen sollte. Im Februar 1992 sollte erstmals eine kleine Expertengruppe des NATO-Hauptquartiers in Brüssel zu einer Konferenz nach Moskau reisen (woran der Autor dieses Artikels im Rahmen seiner damaligen Arbeit im Büro des NATO-Generalsekretärs teilnahm), um dort mit Vertretern des russischen Verteidigungsministeriums und zivilen Verteidigungsexperten über gegenseitige Bedrohungsperzeptionen, Reformen der Streitkräfte und Militärdoktrinen zu diskutieren. Diese erste offizielle Begegnung im Rahmen des NAKR mit Rußland sollte in den folgenden Wochen und Monaten vertieft werden und verlief bis zum Sommer 1992 erfolgreich.

Im Sommer 1992 wurde dieser Prozeß jedoch vorzeitig von seiten des russischen Verteidigungsministeriums abgebrochen. Die Gründe der russischen Vorbehalte waren aber nicht bei der Frage einer NATO-Osterweiterung zu suchen, sondern resultier-

ten aus den Diskussionen über den Aufbau einer zivil-parlamentarischen Kontrolle der Streitkräfte, die ein zentraler Bestandteil aller Kooperationsprogramme des NAKR und jener im Rahmen der „Partnerschaft für den Frieden“ (PfP) ab 1994 bildete sowie später eines der zentralen Aufnahmekriterien in die NATO war.

Im Gegensatz zu den meisten der ehemaligen Verbündeten hatte das russische Militär jedoch schon immer einen wichtigen Einfluß auf die Außen- und Sicherheitspolitik bzw. war ihr von der KPdSU auch durch ein Informations- und Expertenmonopol institutionell zugestanden worden. Daher sah gerade die russische Militärelite in diesem zentralen Bestandteil des NATO-Kooperationsprogramms eine institutionelle Gefährdung ihres Einflusses auf die zukünftige Außen- und Sicherheitspolitik. Die russische Militärelite befürchtete eine „Kontamination“ ihres militärischen Nachwuchses mit westlichem Gedankengut und hielt es daher für geboten, das Engagement der NATO mit Rußland zu sabotieren. In der Folge waren jüngere russische Offiziere immer weniger bereit, sich an westlichen Militäreinrichtungen ausbilden zu lassen, weil dies alles andere als karrierefördernd war.

Zwar wurden in der Folge nicht alle Kontakte zwischen Rußland und der NATO ab Sommer 1992 aufgehoben, doch waren diese bescheidenen Kontakte nicht mit jenen der immer intensiver geführten Zusammenarbeit zwischen der NATO und fast allen anderen Staaten Osteuropas im Rahmen des NAKR zu vergleichen. Rußland beraubte sich damit nicht nur der Möglichkeit, westliche Expertise beim Aufbau und der Militärreform seiner Streitkräfte zu erhalten, sondern sich auch durch eine konkrete und praktische Kooperationspolitik beim Aufbau einer gesamteuropäischen Sicherheitsarchitektur zu beteiligen, da gleichzeitig auch die Zusammenarbeit zwischen NATO, EU/WEU und OSZE trotz aller Schwierigkeiten bei der Vernetzung der „interlinking institutions“ intensiviert wurde.

Geopolitische Interessen Rußlands in Ostmitteleuropa nach Ende des Kalten Krieges und die Frage der NATO-Osterweiterung 1993–1998

In der Folge war eine aktive russische Außenpolitik gegenüber seinen früheren Verbündeten in Ostmitteleuropa kaum zu erkennen, obwohl die Visegrad-Staaten Polen, Ungarn und Tschechoslowakei bereits im Herbst 1991 offiziell erklärt hatten, der NATO zukünftig beitreten zu wollen. Dennoch spielte diese Frage zunächst keine Rolle, da sich auch die NATO reserviert zeigte. Die „Kosyrev-Doktrin“ jener Tage schloss zwar nicht ausdrücklich die Mitgliedschaft der ehemaligen Alliierten in westlichen Sicherheitsorganisationen aus, suchte aber einen derartigen sicherheitspolitischen Integrationsprozeß zeitlich in eine unbestimmte Zukunft zu vertagen. Zudem sollten die ehemaligen Alliierten einen solchen sicherheitspolitischen Integrationsprozeß in westliche Sicherheitsorganisationen mit Moskau „koordinieren“, d.h. faktisch von der Zustimmung Rußlands abhängig machen.

Die eher moderate „Kosyrev-Doktrin“ sollte jedoch schon bald Schiffbruch erleiden und zur Zielscheibe massiver innenpolitischer Kritik werden. Bereits Ende 1992 setzte der Umschwung in der russischen Außenpolitik ein, der sich auch in den im April 1993 angenommenen „Hauptleitsätzen der Konzeption der Außenpolitik der Rußländischen Föderation“ widerspiegelte. In diesen wurde ganz Osteuropa zur „historisch entstandenen Interessensphäre Rußlands“ zugerechnet. Das russische Desinteresse an den Beziehungen mit seinen früheren Alliierten änderte sich erst im Sommer 1993, als Präsident El'cin in einer gemeinsamen russisch-polnischen Erklärung Polen zusicherte, daß sein Beitritt in die NATO „auf lange Sicht“ nicht den Interessen Rußlands

schade und daß dieser Beschluß eines „souveränen Polen nicht im Konflikt mit dem Prozeß der europäischen Integration, einschließlich Rußlands“ stehe. Nachdem massive innenpolitische Kritik an El'cins Zugeständnis der „Freiheit der Wahl“ an Polen einsetzte, revidierte das russische Außenministerium die Worte El'cins und erklärte, daß diese falsch verstanden worden seien. Während sich El'cin ab Ende September 1993 in eine neue blutige Auseinandersetzung mit seinen konservativen Gegnern verstrickte, schickte er einen Brief an die NATO, in dem er vor einer Erweiterung der NATO nach Osten warnte und statt dessen vorschlug, die NATO und Rußland sollten gemeinsam die Sicherheit Europas garantieren.

Rußland insistierte dabei erneut auf ein russisches Vetorecht und eine faktische Beschränkung der Souveränität dieser Staaten. Die EU und WEU waren nur solange vermeintliche Alternativen (wie die „Falín-Doktrin“ bereits deutlich gemacht hatte), als diese in Moskau als „Papiertiger“ und „weiche Sicherheitsstrukturen“ angesehen wurden, die über keine signifikanten militärischen Fähigkeiten verfügten. Ostmitteleuropa wäre in den russischen Sicherheitskonzeptionen wieder auf den Status eines politischen Vakuums und einer Knet- sowie Manövriermasse wie in der Zwischenkriegszeit der 1920er und 1930er Jahren zurückgefallen. Aus Sicht Polens, Ungarns und der Tschechoslowakei konnte nur die NATO und die USA als Garant europäischer Sicherheit eine glaubwürdige Rückversicherung bilden.

Im November 1993 sollte der russische Dienst für Auslandsaufklärung unter Leitung seines Chefs, Evgenij Primakov, in einem wegweisenden Bericht zu den „Perspektiven der NATO-Erweiterung und die Interessen Rußlands“ die weiteren innenpolitischen Diskussionen wesentlich beeinflussen und die zukünftige Blockadepolitik Rußlands vorwegnehmen. Auch hier wurde mit Hilfe von „Verschwörungstheorien“ des Westens im russischen „Hinterland“ ein entsprechendes Bild von der NATO und westlichen Aggressionsabsichten gezeichnet, das jeden Anflug von Empathie für die ostmitteleuropäischen Integrationsabsichten von vornherein negierte. Rußland forderte weiterhin nicht weniger als maximale Sicherheit für sich selbst, was jedoch maximale Unsicherheit für Ostmitteleuropa implizierte. Aus Sicht Rußlands müsse sich die NATO von einem Militärblock zu einem kollektiven „Instrument zur Sicherung des Friedens“ und der Stabilität transformieren (damit zu einer anderen OSZE, die Rußland selbst als ineffektiv kritisierte) und darüber hinaus der OSZE unterordnen. Des weiteren müsse bei allen europäischen Sicherheitsfragen auf die russischen Sicherheitsinteressen Rücksicht genommen werden, so daß eine „Konsultationspflicht“ mit faktischem Vetorecht Moskaus bestand. In den gleichzeitig im November 1993 publizierten neuen „Hauptrichtlinien der russischen Militärdoktrin“ wurde denn auch die Ausweitung von Militärbündnissen und die Stationierung fremder Truppenteile in Ländern nahe den Grenzen Rußlands als „Quelle der Kriegsgefahr“ gewertet.

Dennoch war die ablehnende Haltung der meisten russischen Experten, zu denen auch zahlreiche liberale Vertreter gehörten, keineswegs so apodiktisch, wie der Primakov-Bericht oder andere russische Quellen zu jener Zeit belegten. Einzelne russische Stimmen suchten sehr wohl die tiefer liegenden Gründe für die russische NATO-Politik zu ergründen. Doch sie blieben eher Ausnahmen.

Die im Januar 1994 von der NATO offiziell vorgeschlagene PfP hob die seit 1992 bereits laufenden Kooperationsprogramme im Rahmen des NAKR auf eine höhere politische Ebene und sollte diese erweitern sowie intensivieren. Besonders beunruhigt zeigte sich Moskau, daß nicht nur die früheren Warschauer Pakt-Staaten, sondern auch die ehemaligen Sowjetrepubliken immer engere außen- und sicherheitspolitische Beziehungen mit der NATO und der EU aufnahmen. Dagegen zeigte sich Moskau wenig begeistert, die weitgehend blockierte Zusammenarbeit mit dem NAKR wieder aufzunehmen. Obwohl gerade PfP dem besonderen Status Rußlands in Europa hätte

gerecht werden können, forderte Moskau weiterhin nicht weniger als ein faktisches Vetorecht innerhalb der NATO zu allen Fragen, die die europäische Sicherheit betreffen. Trotz einer gewissen diplomatischen Unbeweglichkeit der USA zu jenem Zeitpunkt hätte bei diesem russischen Insistieren auf ein Vetorecht auch eine größere Flexibilität Washingtons und anderer NATO-Staaten keinen Kompromiß ermöglicht – noch wäre ein derartiges Eingehen auf die Moskauer Maximalforderungen für die Stabilität Europas wünschenswert gewesen. Ein NATO-Rußland Kondominium hätte die für den schwierigen innenpolitischen Transformationsprozeß der osteuropäischen Länder notwendige außen- sowie sicherheitspolitische Stabilität auf lange Sicht in Frage gestellt. Zudem hätte die NATO Rußland mit dem Vetorecht ein Privileg eingeräumt, das im Hinblick auf die politischen Entscheidungsprozesse von UN und OSZE als dringend reformbedürftig galt, wenn diese im 21. Jahrhundert politisch effektiver werden sollen. Erst nachdem sich erneut abzuzeichnen begann, daß sich Rußland in Europa wieder selbst zu isolieren begann, unterzeichnete Moskau schließlich als lediglich 21. Staat am 22. Juni 1994 ein entsprechendes Rahmenabkommen mit der NATO, nachdem Brüssel bereits sehr weit den russischen Forderungen nach Sonderbeziehungen entgegen gekommen war.

Als sich jedoch Ende 1994 abzuzeichnen begann, daß sich die NATO nicht dauerhaft länger dem Werben osteuropäischer Staaten nach einer Vollmitgliedschaft grundsätzlich widersetzen konnte, und Brüssel daraufhin eine konkrete Studie zur Erweiterung in Auftrag gab, begann Rußland ab 1995 verstärkt über konkrete Gegenstrategien zu einer NATO-Öffnung nach Osten nachzudenken. Dabei wurden zahlreiche Drohungen der vergangenen Jahre wiederholt und gebündelt. Als konkrete Gegenstrategien wurden dabei u.a. diskutiert:

- beschleunigte Integration der GUS, mit der Umbildung der militärischen Strukturen in eine Militärallianz;
- Rückzug aus dem KSE-Vertrag zur Begrenzung der konventionellen Streitkräfte in Europa;
- Verweigerung der Ratifizierung anderer Rüstungskontrollverträge (wie z.B. START-II oder den ABM-Vertrag);
- und schwerwiegende Veränderungen der russischen Militärdoktrin und außenpolitischen Orientierung (wie der Wiederaufnahme alter Bündnisse mit „Schurken-staaten“ wie Iran, Irak, Libyen, Nordkorea etc.).

Als weitere militärische Gegenstrategien wurden die verstärkte Abstützung auf taktischen Nuklearwaffen in Kaliningrad, Belarus' und anderen Gebieten nahe der nach Osten erweiterten NATO-Grenzen diskutiert, die auf Ziele in den neuen Beitrittsstaaten gerichtet werden sollten.

Ein unter Leitung von Sergej Karaganov im Rat für Außen- und Verteidigungspolitik erarbeitetes Positionspapier von 1995 sah eine NATO-Osterweiterung als keineswegs „unvermeidlich“ an und schlug eine Reihe vermeintlicher Alternativen in Form von bi- und unilateralen Sicherheitsgarantien vor, die aber angesichts der eigenen Geschichte und des aktuellen Tschetschenienkrieges kaum jemanden in Osteuropa als wirkliche Alternativvorschläge erscheinen konnten. Zudem stellte auch der Rat wie die „Falin-Doktrin“ von 1990 klar, daß eine umgewandelte, militärisch aber effektive WEU keineswegs eine Alternative zur NATO-Osterweiterung darstelle und daher ebenfalls von Rußland abzulehnen sei. In der Folge blieb die Frage einer NATO-Osterweiterung jedoch primär eine politische Auseinandersetzung der russischen Elite (wie die Wahlkämpfe von 1995 und 1996 zeigten) und stand selbst dort in Widerspruch zu objektiveren Analysen und Erklärungen, wonach die zunehmende Rolle der

NATO eher ein mittel- oder langfristiges Sicherheitsproblem für Rußland darstellen könnte.

Zu jenem Zeitpunkt hatte die NATO jedoch bereits mehrfach signalisiert, daß sie die russischen Sicherheitsinteressen sehr wohl ernst nehme und entsprechend bei den laufenden KSE-Verhandlungen berücksichtigen werde. Gerade bei dieser Frage sah sich die NATO jedoch sowohl innerhalb des Bündnisses (vor allem durch die Türkei und Norwegen) als auch außerhalb durch mehrere GUS-Staaten mit massiver Kritik konfrontiert, wonach ein zugestander militärischer Aufwuchs Rußlands an den Flanken als Folge zu weitgehender westlicher Kompromisse gegenüber Moskau primär zu Lasten der Sicherheit ihrer Staaten gehe – ein Vorwurf, der keineswegs völlig unberechtigt war. Auch wurde bereits 1995 in informellen Gesprächen Rußland wiederholt zugesichert, im Falle einer Erweiterung keine Nuklearwaffen und große Truppenteile in den neuen Mitgliedsländern zu dislozieren. Zudem hätte auch Rußland anerkennen müssen, daß auch die konventionellen Streitkräfte der NATO über 20 Prozent mehr abgerüstet hatten, als dies aufgrund des KSE-Vertrages notwendig gewesen wäre.

Obwohl insbesondere in den Jahren 1995 und 1996 auf den ersten Blick ein erheblicher außenpolitischer Konsens hinsichtlich der „vollständigen“ Ablehnung einer NATO-Ostererweiterung in Rußland zu bestehen schien (so wurde später auch eine „Anti-NATO außerfraktionelle Deputiertenvereinigung“ in der Staatsduma mit etwa 300 von 450 Duma-Abgeordneten gegründet), so war die Bandbreite der Ablehnungsargumentationen von moderaten Positionen bis hin zu unmittelbaren Kriegswarnungen relativ groß und signalisierte damit, daß stets ein ebenso großer Grad an Nichtübereinstimmung hinsichtlich der Frage, inwieweit Rußland die NATO-Ostererweiterung mit konkreten Gegenstrategien beantworten müsse, bestand. So konnten im wesentlichen drei russische Denkschulen ausgemacht werden:

1. eine anti-westlich-nationalistische Haltung mit einer kompromisslosen Opposition zur NATO-Ostererweiterung;
2. eine liberalistisch-internationalistische Position, welche versuchte, die NATO-Ostererweiterung durch politische Kompromisse für Rußland akzeptabel zu machen und
3. einer Schadensbegrenzungs-Denkschule, die einen mittleren Weg zwischen diesen beiden Extremen suchte und damit eine Möglichkeit, die NATO-Ostererweiterung zu verhindern oder zumindest ihre negativen Auswirkungen zu minimieren.

Im Mai 1997 sollte das in Paris unterzeichnete Dokument der NATO-Rußland-Grundakte den „Beginn eines grundlegend neuen Verhältnisses“ zwischen dem westlichen Bündnis und Rußland bilden, um auf der Basis gemeinsamer Interessen, Gleichrangigkeit und Offenheit eine „starke, stabile und bleibende Partnerschaft“ zu entwickeln. Als die NATO schließlich Rußland vorschlug, den Forderungen nach einem besonderen Status in Rußland durch die Bildung eines Ständigen Gemeinsamen NATO-Rußland-Rates nach zu kommen, versuchte Moskau, sich mit der Bildung dieses Rates erneut nicht nur ein Mitspracherecht, sondern ein faktisches Vetorecht zu allen europäischen Fragen fest schreiben zu lassen und ihn so in einen europäischen Sicherheitsrat (analog der UN oder einem Konzert der Mächte wie im 19. Jahrhundert) umzubilden. Dies wurde jedoch von Seiten der NATO erneut kategorisch ausgeschlossen, zumal fast alle anderen osteuropäischen Staaten derartigen russischen Versuchen mit massiver Kritik und zahlreichen Einwänden noch während der laufenden Verhandlungen zwischen Brüssel und Moskau begegneten. Im Ergebnis

erhielt Rußland eine wichtige Stimme, aber kein Vetorecht. So kann der NATO-Rußland-Rat zwar über alle Fragen europäischer Sicherheit debattieren, aber nur über Fragen, welche die Beziehungen zwischen NATO und Rußland betreffen, konkrete Entscheidungen fällen – nicht aber über Fragen, die Drittstaaten involvieren oder betreffen. Dies erklärt zugleich das schnell nachlassende russische Interesse am gemeinsamen NATO-Rußland-Rat und die zukünftige russische Zurückhaltung in den Kooperationen mit der NATO. Dennoch hatte der neue gemeinsame Rat dem von Moskau gewünschten Sonderverhältnis und der Berücksichtigung russischer Interessen eigentlich entsprochen, zumal keinem anderen Staat außerhalb des westlichen Bündnisses derartige Privilegien jemals eingeräumt worden waren.

Tatsächlich hatte die El'cin-Administration in der eigenen Öffentlichkeit zunächst den Eindruck erweckt, eine Art Vetorecht bzw. förmliche gemeinsame Beschlußfassungsbefugnisse zu übergeordneten europäischen Sicherheitsfragen und innerhalb des westlichen Bündnisses erhalten zu haben. Insofern waren schon kurz nach der Konstituierung des Rates auffallende Interpretationsunterschiede hinsichtlich der jeweiligen Kompetenzen des Rates zwischen Moskau und den Hauptstädten der NATO-Staaten zu konstatieren. Dennoch waren die offizielle Eröffnung einer permanenten Vertretung Rußlands im NATO-Hauptquartier im Januar 1998 und eine fast gleichzeitige Eröffnung eines NATO-Informationsbüros in Moskau positiv zu bewerten.

Die jedoch bewußt von Moskau weiterhin betriebene Marginalisierung der Beziehungen zwischen Rußland und der NATO in den Jahren 1997–1998 spiegelte sich u.a. auch in dem Umstand wider, daß Rußland als einziger der größeren Kooperationspartner der NATO keinen eigenen NATO-Botschafter im politischen Hauptquartier der westlichen Allianz entsandte und somit nicht in den täglichen multinationalen Kooperations- und Dialogprozess des NATO-Hauptquartiers vergleichbar involviert ist. Diese Position wird bis heute von außen durch den russischen Botschafter in Brüssel wahrgenommen, der aber auch aufgrund seiner vielfältigen anderen Verpflichtungen nicht zu einer vergleichbar effektiven Zusammenarbeit in der Lage ist.

In der Innenpolitik tendieren auch moderate russische Sicherheitsexperten zu oft dazu, die Entwicklung der NATO ausschließlich aus der eigenen Fixierung auf die USA zu interpretieren, bei der die europäischen Alliierten Washingtons zu willfährigen Opfern amerikanischer Sicherheitspolitik degradiert werden, obwohl den europäischen Staaten sowohl bei der NATO-Intervention in Jugoslawien 1994/95 als auch 1999 in Kosovo eine mindestens ebenso große Verantwortung bei den Interventionsentscheidungen zufiel.

Das russische Kosovo-Syndrom und erste Ansätze einer Normalisierung der Beziehungen unter Putin

Trotz der russischen Marginalisierung der Beziehungen zur NATO im Jahr 1998 waren die westlichen und russischen Positionen hinsichtlich der Probleme im Kosovo bis zum März 1999 durch eine gewisse Annäherung der Positionen gekennzeichnet. Dennoch wurde der Erfolg der praktischen militärischen Zusammenarbeit zwischen Rußland und der NATO im Rahmen von IFOR/SFOR in Jugoslawien nicht auf die politische Ebene und hinsichtlich einer langfristigen Zusammenarbeit zur Verbesserung der Interoperabilität der russischen Streitkräfte mit der NATO erweitert. Viele russische Offiziere, die in den IFOR/SFOR-Streitkräften arbeiteten, wurden nach ihrer Rückkehr aus Rußland aus den Streitkräften entlassen, schieden freiwillig aus oder wurden – wie der Oberkommandierende des russischen SFOR-Kontingentes und

damit der höchste und direkte russische Verbindungsoffizier zur NATO, General Leonty Ševcov – in die Truppen des Innenministeriums versetzt.

Die humanitäre Militärintervention der NATO im Kosovo sollte jedoch die zarten Fühler einer stärkeren Aufnahme von gemeinsamen Kooperationsprogrammen schnell völlig auf Eis legen. Mehr noch als die Frage der NATO-Osterweiterung bildete Kosovo aus russischer Sicht den eigentlichen Kulminationspunkt der Auseinandersetzungen mit der NATO und den USA. Moskau bewertete die humanitäre Militärintervention der NATO als schwerwiegenden Bruch des Völkerrechts und der UN-Charta unter Umgehung des UN-Sicherheitsrates, da weder die Prinzipien der Souveränität und territorialen Integrität Jugoslawiens beachtet worden seien noch die im UN-Sicherheitsrat erforderliche Zustimmung aller ständigen Sicherheitsratsmitglieder vorgelegen hätte.

Aus russischer Sicht bot weder der Gemeinsame NATO-Rußland Rat noch die gemeinsame NATO-Rußland-Gründungsakte von 1997 ein Instrument für ein gemeinsames Krisenmanagement. Der dabei oft wiederholte Vorwurf, daß Rußland bei der Entscheidungsfindung seit Sommer 1998 von der NATO übergangen worden sei, war aber aus westlicher Sicht nicht stichhaltig und wurde auch von deutscher Seite wiederholt zurückgewiesen. Tatsächlich war Moskau im Rahmen der NATO-Kontaktgruppe stets über alle Entscheidungen des westlichen Bündnisses informiert und auch vorab konsultiert worden. Rußlands Rolle in dieser Kontaktgruppe war jedoch zumeist ambivalent und reaktiv sowie oft das primäre Resultat russischer Innenpolitik der Verteidigung traditioneller russischer Einflußsphären als das einer konstruktiven und aktiven Strategie, die auf eine konkrete Lösung des Konfliktes zielte. Noch im Herbst 1998 sollte sich Rußland grundsätzlich weigern, verschärfte Sanktionen der UN und Europas zu beschließen, die Milošević als letzte Warnung hätten dienen können.

Rußland blockierte jedoch nicht nur zu dieser Zeit eindeutige Warnungen der internationalen Gemeinschaft an Milošević und stellte damit die NATO vor die unliebsame Entscheidung, sich wie 1991 zu keiner gemeinsamen militärischen Interventionsentscheidung als letztes Mittel der Diplomatie durchzuringen oder aber dieses Mal Lehren aus den Fehlern der Periode 1991–1994 zu ziehen, um eine weitere horizontale und vertikale Eskalation des Konfliktes zu verhüten. Mit der verbalen außenpolitischen Rhetorik der Verurteilung der humanitären Militärintervention der NATO versuchte Rußland auch vor einem anderen grundlegenden Faktum abzulenken: Auch wenn im UN-Sicherheitsrat keine einstimmige Zustimmung zur Intervention der NATO im Kosovo vorlag, so fand die Position Rußlands in einer speziellen Sitzung des UN-Sicherheitsrates Ende März 1999, um das NATO-Bombardement zu stoppen, nur durch China und Nigeria politische Unterstützung, während zwölf Sicherheitsratsmitglieder die NATO-Intervention befürworteten und ihr so *post facto* Legitimität auch ohne Zustimmung aller Mitglieder verliehen.

Hier zeigte sich einmal mehr, daß Rußlands Positionen kaum von anderen Staaten geteilt wurden und sich Moskau daher in einer weitgehenden außenpolitischen Isolierung wiederfand. Im Ergebnis mag die NATO-Intervention im Licht der UN-Charta so „illegal“, aber „legitim“ gewesen sein. Mit seiner Blockadestrategie hatte Rußland letztendlich die westliche Entscheidung zu einer militärischen Intervention ungewollt forciert und sogar präjudiziert.

Rußland konnte auch durch die handstreichartige Besetzung des Flughafens von Priština, die zu einem gewalttätigen Zusammenstoß mit NATO-Streitkräften hätte führen können und dabei ohne Wissen des Außenministeriums und offenbar sogar des russischen Präsidenten vom Generalstab initiiert worden war, an dem Bild einer geschwächten ehemaligen Großmacht nichts ändern. Zwar erwies sich der zweifelhafte

militärische Vormarsch mit 200 russischen Soldaten auf Priština als Balsam für die russische Seelenlage, war jedoch unter militärstrategischen Gesichtspunkten mehr als zweifelhaft, weil die russischen Truppen vom Nachschub völlig abgeschnitten waren und Ungarn Überflugrechte zur Versorgung der russischen Einheit in Priština nicht genehmigte.

Was von russischer Seite als Strategie zur Schaffung vollendeter Tatsachen zugunsten Rußlands gedacht war, entpuppte sich schließlich als *fait accompli* zugunsten der NATO, welche nun die volle Kontrolle von Kosovo übernahm und die jugoslawischen Streitkräfte zwang, ihren Rückzug aus dem Kosovo zu vollenden. In der Folge sahen sich zahlreiche Beitrittskandidaten durch den Priština-Vormarsch russischer Truppen in ihrer Politik, dem westlichen Bündnis beizutreten, um so glaubwürdige Sicherheitsgarantien gegen ein weiterhin „unruhiges“ Rußland zu erhalten, einmal mehr bestätigt.

Wie sehr sich Rußland selbst der positiven Kooperationsmöglichkeiten mit seiner kurzsichtigen NATO-Politik beraubt, läßt sich auch durch die späteren Umstände beim tragischen Unglück des „Kursk“-U-Bootes im August 2000 belegen. So hatten russische und NATO-Marinexperten im Rahmen von PfP im Jahr 1999 bilaterale Konsultationen über gemeinsame Rettungsaktionen und deren Koordinierung bei Schiffsunfällen aufgenommen hatten, die dann aber von Moskau aufgrund der militärischen NATO-Intervention in Kosovo – wie alle anderen gemeinsamen Kooperationsprogramme – mit der NATO auf Eis gelegt wurden und erst jüngst wieder auf der politischen Agenda gemeinsamer zukünftiger Kooperationsprogramme stehen.

Als sich die russische Regierung und die Militärführung nach systematischer *Desinformacija* der eigenen und internationalen Öffentlichkeit aufgrund des innen- und außenpolitischen Druckes dann doch im Zuge des U-Boot-Unglücks entschloß mit westlichen NATO-Staaten zu kooperieren und hierzu eine russische Marinedelegation nach Brüssel in das Hauptquartier der NATO entsandte, hatte diese nur die Aufgabe, Informationen über westliche Rettungsmethoden zusammen zu tragen, aber keine eigenen Auskünfte über den Hergang des Unglücks und die Situation der U-Boot-Besatzung auf dem Grund der Barentssee zu geben.

Auch nach Ende der militärischen Intervention der NATO in Kosovo war an eine schnelle Normalisierung der bilateralen Beziehungen und Wiederaufnahme gemeinsamer Kooperationsprogramme nicht zu denken. Sowohl Kosovo als auch Tschechien sollten für die zukünftigen NATO-Rußland Beziehungen ein schweres Hindernis sein, welches allenfalls durch eine graduelle Schritt-für-Schritt Annäherung überwunden werden kann. Aus Moskauer Sicht werden die russischen Militäroperationen in Tschetschenien und Kosovo oft in zynischer Weise gleichgesetzt. Dabei wird übersehen, daß es einen grundlegenden Unterschied gibt: Im Fall der NATO-Militärintervention in Kosovo waren die militärischen Operationen das letzte Mittel eines zuvor gescheiterten politisch-diplomatischen Krisenmanagements, aber immer Bestandteil einer politischen Strategie, die sich nicht in der militärischen Intervention erschöpfte.

Auf russischer Seite ist aber gerade diese politische Strategie, die den Einsatz der Streitkräfte als Mittel zur Erreichung begrenzter politischer Ziele sowie eine schnelle Beendigung der Militäroperationen vorsieht und vor allem auf die politische Nachkriegssituation gerichtet ist, nicht zu erkennen. Vielmehr hat sich der Militäreinsatz in vielerlei Hinsicht verselbständigt und Moskau weiß trotz vieler gegenteiliger Bekundungen Putins gegenüber dem Westen bis heute nicht, wie dieser sich weiter eskalierende Konflikt politisch beendet werden und wie eine kooperative und langfristig befriedete Nachkriegssituation aussehen soll, zumal sich Moskau mit der Art seiner

Kriegsführung von Beginn an zahlreichen politischen Optionen für eine stabile Nachkriegssituation beraubt hat.

Indessen versuchte Moskau eine Wiederaufnahme der Beziehungen zunächst von Maximalbedingungen abhängig zu machen, darunter u.a. auch die Neuausarbeitung einer vertraglichen Grundlage, da die Verträge von 1997 hinfällig seien, die Anerkennung russischer Sicherheitsinteressen bei einer weiteren NATO-Osterweiterung und die Bekräftigung des ABM-Vertrages durch die USA. Zudem war die Forderung nach der Ausarbeitung einer völlig neuen vertraglichen Grundlage mehr denn je auf ein faktisches Vetorecht Moskaus zu allen NATO-Entscheidungen bei Fragen europäischer Sicherheit gerichtet, wie nun auch öffentlich gefordert wurde.

Perspektiven: Rußland und die Diskussionen über eine zweite Erweiterung der NATO

Während die NATO-Staaten ihre östliche Erweiterung stets als gesamteuropäischen politischen Erweiterungsprozeß gesehen haben (im Kontext der Integrations- und Einigungsbemühungen analog der EU-Erweiterung), hat Moskau die NATO-Erweiterung stets als Veränderung der geopolitischen Einflußzonen zu Lasten Moskaus interpretiert und dabei vor allem militärstrategischen (und weniger politischen) Faktoren besondere Aufmerksamkeit geschenkt.

Um so überraschender war die Äußerung des neuen russischen Präsidenten Vladimir Putin von Anfang März 2000, wonach eine NATO-Mitgliedschaft Rußlands prinzipiell möglich sei, sofern bestimmte Bedingungen erfüllt seien, die er aber nicht näher konkretisierte. Dies hatte nicht nur die NATO überrascht, die sich beeilte zu versichern, daß eine solche derzeit nicht auf der Tagesordnung stehe, sondern offenbar auch das eigene Außen- und Verteidigungsministerium, die in der Folge bemüht waren, die Erklärung Putins herunterzuspielen und von zahlreichen konkreten Bedingungen Moskaus abhängig zu machen. Andere Kommentatoren sahen die Äußerung Putins in völlig anderer Hinsicht kritisch, da sich Rußland nun endgültig jedes Rechtes der Diskussion über die Aussichten einer „NATO-Expansion nach Osten“ beraubt habe. Mit der erklärten Bereitschaft, der NATO beizutreten, habe Rußland zugegeben, daß die NATO auf dem Weg sei, eine politische Organisation zu werden: „Warum sollte Rußland dann noch Einwände gegen ähnliche Absichten anderer Länder erheben“?

Andererseits konnte Moskau in der selbst gewählten Isolation kaum verharren, wenn es Einfluß auf eine zweite Welle der NATO-Osterweiterung nehmen will. Die NATO hatte im April 2000 noch einmal ihre grundsätzliche Bereitschaft zu einer Aufnahme weiterer Mitgliedsstaaten im Rahmen ihrer Politik der „offenen Tür“ bekräftigt. Schließlich sollte vor allem die sogenannte „Big Bang“-Strategie vom Mai 2000, der zufolge alle neun ostmitteleuropäischen Staaten, einschließlich der drei baltischen Länder, auf dem NATO-Gipfel im Jahr 2002 in einer baldigen zweiten Erweiterungsrunde der NATO als Vollmitglieder Aufnahme finden wollen, in Moskau die Alarmglocken läuten lassen. Vor allem die baltischen Staaten wollen sich mit einer „roten Linie“ Rußlands für eine weitere NATO-Osterweiterung, die sie definitiv ausschließen soll, nicht abfinden. Auch der erneute Vorschlag von allgemeinen russischen Sicherheitsgarantien kann die baltischen Sicherheitsbedürfnisse gegenüber Rußland nicht befriedigen, zumal Moskau noch am 6. Juni 2000 die Okkupation der baltischen Staaten durch Stalin öffentlich verteidigen sollte.

Vor diesem Hintergrund einer selbstgewählten außenpolitischen Isolierung sah sich Moskau schließlich gezwungen, die Beziehungen zur „NATO als einen realen Faktor“ europäischer Sicherheitspolitik anzuerkennen und sich Schritt-für-Schritt auf Brüssel zuzubewegen. Gleichzeitig hat Moskau jedoch seine Kampagne gegen eine weitere NATO-Osterweiterung intensiviert. Während die Mehrheit europäischer Politiker offenbar einen Beitritt der baltischen Staaten aufgrund der Sicherheitsbedenken Moskaus eher in eine unbestimmte Zukunft zeitlich verschieben will, scheint sie sich nicht zuletzt aufgrund eines langjährigen Einsatzes europäischer Streitkräfte in Kosovo eher für die Aufnahme Sloweniens, der Slowakei, Bulgariens und Rumäniens in die NATO auszusprechen.

Moskau hat jedoch inzwischen auch Bulgarien und die Slowakei vor ernststen Folgen eines Beitrittes für die bilateralen Beziehungen und die Stabilität in Europa nachdrücklich gewarnt. Derartige Warnungen sind insofern verständlich, als Putin die außenpolitischen Aktivitäten gegenüber der Region Zentralasien und Kaspisches Becken gestärkt hat und die Länder Südosteuropas aufgrund der Infrastrukturverbindungen mit der Region Zentralasien geopolitisch und geostrategisch auch im Außenministerium inzwischen wieder aufgewertet wurden.

Moskau und die Frage nach den sicherheitspolitischen Auswirkungen einer EU-Erweiterung

Rußland sieht in der Stärkung des europäischen Pfeilers der NATO durch die Herausbildung einer wirklich Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU und der Stärkung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) sowohl Chancen als auch Risiken. Moskau begrüßt – wie zu Zeiten der UdSSR – alle Bemühungen der Europäer, um größere Selbständigkeit und damit auch Unabhängigkeit von den USA, weil dies aus seiner Sicht nicht zuletzt auf eine tendenzielle Schwächung oder gar Marginalisierung der NATO hinausläuft. In diesem Sinne verteidigt auch Moskau entsprechend die europäische Politik gegen den Argwohn und die Kritik aus Washington. Dabei hat die russische Regierung auch in Aussicht gestellt, der Formierung unabhängiger europäischer Streitkräfte durch das Eurocorps als dessen Nukleus eigene Streitkräfte hinzuzufügen und sich am Aufbau eines europäischen Raketenabwehrsystems zu beteiligen. Moskau unterläuft dabei jedoch der erneute Fehler, daß diese Stärkung von GASP und ESVP zu oft im Sinne eines Nullsummenspiels eher als Schwächung der NATO und nicht so sehr als Stärkung des europäischen Pfeilers innerhalb des westlichen Bündnisses interpretiert wird.

Zudem war der GASP- und ESVP-Prozeß der EU lange Zeit nicht ernst genommen worden, weil die EU als ein sicherheits- und militärpolitischer Papiertiger galt. Mit ihrer sicherheits- und verteidigungspolitischen Ausprägung im Rahmen von ESVP und einer gleichzeitig bevorstehenden EU-Osterweiterung, die ihren neuen Mitgliedern ebenfalls wie die NATO langfristig absolute Sicherheitsgarantien verleihen könnte (wie der europäische Kommissionspräsident Romano Prodi bereits am 10. Februar 2000 gegenüber lettischen Politikern sogar konkret in Aussicht stellte), droht Moskau, erneut außen- und sicherheitspolitisch isoliert zu werden. Ohne institutionelle Anbindungsstrukturen würde Moskau auch keine Einflußmöglichkeiten auf entsprechende sicherheitspolitische Entscheidungsprozesse der EU haben. Aus Sicht Moskaus könnten solche absoluten Sicherheitsgarantien der EU, deren Glaubwürdigkeit trotz der ESVP nur im Verbund mit der NATO herzustellen sind, somit auf eine faktische NATO-Osterweiterung unter dem Deckmantel der EU hinauslaufen, ohne daß die

baltischen Staaten auch Vollmitglieder der NATO werden. Je stärker demnach die organische und institutionelle Verbindung zwischen ESVP und NATO sein wird, um so größer werden die sicherheitspolitischen Bedenken Moskaus sein.

Dennoch sind zu weitgehende Autonomie- und Unabhängigkeitsforderungen (insbesondere durch Frankreichs) bei der Ausgestaltung der ESVP nicht im europäischen Interesse, weil auch unter realistischen (insbesondere finanzpolitischen) Bedingungen der Einsatz ohnehin begrenzter europäischer Krisen- und Reaktionskräfte auch in mittelfristiger Perspektive auf die NATO und amerikanische Einrichtungen sowie Fähigkeiten zurückgreifen muß. Allein schon aus diesem Grund sind die europäischen Interessen auf eine enge Ankoppelung an die NATO und gegen eine zu weitgehende Duplizierung von Aufgaben und Mittel gerichtet. Insofern ist ein Konflikt mit Moskau hinsichtlich der Frage der Ausgestaltung der ESVP keineswegs für die nahe Zukunft ausgeschlossen, wie die internen russischen Diskussionen offenlegen.

Andererseits dürfte die EU kurz- und mittelfristig den neuen Beitrittskandidaten ohnehin nicht – wie von Prodi angekündigt – derartige absolute Sicherheitsgarantien (nach Art. 5 NATO-Gründungsvertrag) bieten, da dies auch zu erheblichen Konflikten mit den USA führen könnte, die weder an einer Marginalisierung der NATO zugunsten der EU interessiert sind noch an zweifelhaften Verpflichtungen der EU, die im militärischen Ernstfall nur durch die USA glaubwürdig erfüllt werden könnten.

In jedem Fall wird die EU-Osterweiterung auch Auswirkungen auf den sicherheitspolitischen Status von Kaliningrad haben, dem maritimen Hauptquartier der Baltischen Flotte und der einzige eisfreie russische Hafen in der Ostsee. Die jüngsten Gerüchte über die Verlegung taktischer Nuklearwaffen nach Kaliningrad hatte die sicherheitspolitische Problematik für Rußland noch einmal schlagartig deutlich gemacht wie auch ein Zwischenfall im Juni 2000 an der litauisch-weißrussischen Grenze, als ein Panzerbataillon der Streitkräfte Belarus sich in einer Kolonne mit hoher Geschwindigkeit der gemeinsamen Grenze näherte und nur fünf Meter vor der Grenzlinie stoppte. Es handelte sich dabei um die erste Phase eines Manövers, das den Durchmarsch über litauisches Territorium nach Kaliningrad probte und nur mit Moskauer Wissen durchgeführt werden konnte.

Da die Bewältigung der Probleme wie eine erfolgreiche Bekämpfung der Kriminalität, umweltpolitischer Sünden und Förderung des Handels von Kaliningrad im gemeinsamen Interesse aller liegt, könnte Kaliningrad sogar als Modellfall verstärkter europäisch-russischer Kooperationen fungieren. Dies würde aber voraussetzen, daß Moskau den militärpolitischen Status Kaliningrads im eigenen langfristigen Interesse marginalisiert, während dieser in den letzten Jahren unter geostrategischen Gesichtspunkten vom russischen Generalstab eher aufgewertet worden war.

In diesem Kontext sind vor allem die strategische Allianz zwischen dem EU-Mitglied Polen und der Ukraine sowie die sicherheitspolitischen Beziehungen zwischen NATO und der Ukraine Moskau ein Dorn im Auge. So hat Polen als erster NATO-Mitgliedsstaat und als Anwalt der baltischen Beitrittswünsche zur NATO Anfang Februar diesen Jahres einen Vertrag mit Litauen über militärische Zusammenarbeit geschlossen, der in Moskau als erster Schritt Litauens in Richtung Vollmitgliedschaft der westlichen Allianz interpretiert wurde.

Vor diesem Hintergrund hat Moskau seine Bemühungen gegenüber der EU intensiviert, entsprechende gemeinsame Entscheidungsprozeduren aufzubauen, die Moskau nicht nur einen institutionellen Zugang Informationen und Konsultationen zu allen wesentlichen außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungen geben sollen, sondern – wenn möglich – auch durch die Schaffung einer „europäischen Sicherheitscharta“ und eines gemeinsamen „europäischen Sicherheitsrates“ zumindest ein faktisches Vetorecht. Eine solche europäische Sicherheitscharta soll das tradierte russische Ver-

ständnis des sich stetig weiterentwickelnden Völkerrechtes für die zukünftige praktische Politik kodifizieren. Dementsprechend soll die Charta die Prinzipien der Nichtanwendung und Androhung der Gewalt, der friedlichen Konfliktlösung, die territoriale Integrität der Staaten und die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates, der Schutz von Menschenrechten etc. beinhalten und bekräftigen. Nicht nur, daß Rußland selbst diese Prinzipien mit seinen beiden Tschetschenienkriegen nachhaltig in Frage gestellt hat, die OSZE-Deklarationen haben diese Prinzipien nicht nur seit langem bekräftigt, sondern inzwischen auch weiterentwickelt.

Ähnlich wie 1997 bei der Schaffung des gemeinsamen NATO-Rußland-Rates könnte aber ein europäischer Sicherheitsrat mit faktischem Vetorecht die zukünftige außen- und sicherheitspolitische Ausprägung der EU wesentlich hindern und sie zu einer ineffektiven europäischen Sicherheitsorganisation degenerieren lassen. Nicht zuletzt aus der Erweiterungsproblematik bewegt sich die EU (wenn auch langsam) ohnehin in Richtung qualifizierter Mehrheitsentscheidungen. Daher wäre vor allem ein *de jure* Vetorecht Rußlands (wie im UN-Sicherheitsrat) ein klarer Rückschritt beim Aufbau einer europäischen Sicherheitsarchitektur. Nicht zuletzt aus diesem Grund werden sich die EU-Mitgliedsstaaten und Deutschland darüber eingehend beraten müssen, inwieweit berechnete russische Sicherheitsanliegen berücksichtigt und auch institutionell verankert werden können, um so Moskau einzubinden, ohne daß Rußland ein *de jure* oder faktisches Vetorecht erlangt, mit dem es die Evolution des Aufbaus einer europäischen Sicherheitsarchitektur aus engstirnigen und traditionell definierten „nationalen Interessen“ blockieren kann – und zudem aus europäischer Sicht ohnehin keine Zukunft zur Lösung vieler Probleme im Zeitalter der Globalisierung versprechen.

Schlußfolgerungen

Wie diese Analyse gezeigt hat, ist der pauschale russische Vorwurf und jener westlicher Kritiker der NATO-Osterweiterung, daß die NATO und der Westen Rußland bewußt und systematisch isoliere sowie die strategischen Interessen Rußlands nicht berücksichtige, weitgehend haltlos. Zudem hat die NATO durchaus Zurückhaltung und Verständnis für die russischen Sicherheitsinteressen gezeigt. Während die NATO von Beginn an die Einbindung Rußlands in die eigenen Kooperationsprogramme befürwortete und dabei Rußland zum Schwerpunktland der NATO-Informationsprogramme erkohr, hat sie gleichzeitig nicht – wie man durchaus hätte erwarten können – auf Reziprozität gepocht und so beispielsweise im Zuge der Schaffung einer permanenten russischen Mission bei der NATO eine vergleichbare NATO-Mission in den GUS-Militärstrukturen gefordert, obwohl dies unzweifelhaft von den meisten GUS-Staaten durchaus befürwortet worden wäre. Auch hat die NATO nicht unerhebliche Selbstbeschränkungen in der Pariser „Grundakte über gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen der NATO und der Rußländischen Föderation“ vom 27. Mai 1997 akzeptiert, die eigenen Prinzipien widersprachen. Danach konnte man in der Tat von einer „Zwei-Klassen-Gesellschaft“ innerhalb der westlichen Allianz sprechen, wobei es sogar in Krisenzeiten für die NATO politisch sehr schwierig wäre, militärische Verbände auf dem Gebiet der östlichen NATO-Partner zu dislozieren.

Letztendlich hat nicht die NATO (auch wenn sie zuweilen ein psychologisches Einfühlungsvermögen vermissen ließ) Rußland isoliert, sondern Rußland hat sich seit Sommer 1992 zunehmend selbst von der europäischen Entwicklung einer sicherheitspolitischen Integration abgekoppelt und einer kooperativen Zusammenarbeit mit der

NATO verweigert. Vereinzelt wurde dies in Moskau sehr wohl eingestanden. Die russische Tragödie liegt somit eher darin, daß Rußland erneut den historischen Versuchungen nach einem „Sonderweg“ erlegen ist und keine selbstkritische Vergangenheitsbewältigung betrieben hat, welche die zentrale Voraussetzung für Aussöhnung mit den früheren Verbündeten oder den Nachfolgestaaten auf dem Territorium der UdSSR darstellt. Zwar kann die europäische Sicherheit nicht ohne Rußland aufgebaut werden; ob sie auf absehbare Zeit jedoch mit Rußland geschaffen werden kann, ist offen. Solange Rußland die innenpolitischen Voraussetzungen (wirkliche Demokratie und soziale Marktwirtschaft) nicht selbst schafft (wobei der Westen nur begrenzte Einflußmöglichkeiten hat), bleibt eine dauerhaft tragfähige sicherheitspolitische Stabilität für ganz Europa eher eine Zukunftsutopie, wie nicht zuletzt auch zahlreiche historische Analogien von Transformationsstaaten und ihre Außen- sowie Sicherheitspolitik zeigen.

Die russische Politik in der jüngsten Kosovo-Krise hat zahlreiche Widersprüche und Fragmentierungen einmal mehr offengelegt. Moskau übersieht bis heute, daß die wahre Stärke der NATO nicht so sehr in ihren militärischen Potenzialen liegt, sondern vor allem in den politischen Strukturen und Prozeduren einer multilateralen sicherheitspolitischen Kooperation mit ihren täglichen Konsultationen und Interaktionen (wie bei der Lösung von Problemen und einer Kompromißsuche bei unterschiedlichen Interessen), die bis heute in vielerlei Hinsicht einzigartig sind und auf russischer Seite im Warschauer Pakt niemals eine Entsprechung gefunden hatten. Die in diesen multilateralen Strukturen des politischen und militärischen Hauptquartiers der NATO stattfindende „Konsultation“ ist völlig verschieden vom russischen Verständnis von „Konsultation“ (oft im Sinne zwischenstaatlicher Beziehungen von Großmächten wie im 19. Jahrhundert im Europäischen Konzert der Mächte mit einer entsprechend hierarchischen Weltsicht und gegenseitig vereinbarter Einflußzonen) als auch von den Diskussionen und Interaktionen, die im Ständigen Gemeinsamen NATO-Rußland Rat stattfinden. Dabei spielt auch der militärpolitische Souveränitätsverzicht eine wesentliche Rolle, zu der Moskau bis heute nicht (auch nicht im Rahmen der GUS) bereit ist, wie auch an der ständigen Proklamierung engstirnig definierter „nationaler Sicherheitsinteressen“ in geopolitisch und geostrategischen Dimensionen deutlich wird.

Für die russische Militärelite sind zudem multinational integrierte militärische Kommandos und Verbände, die nicht vom russischen Generalstab kommandiert und operativ kontrolliert werden, nach wie vor unvorstellbar. Dies heißt aber nicht, daß nicht pragmatische Lösungen für eine stärkere Militärkooperation zwischen Brüssel und Moskau gefunden werden können, sofern der politische Wille auf beiden Seiten groß genug ist, wie die russische Teilnahme an der Implementation Force (IFOR) in Bosnien deutlich gemacht hat. Die einheitliche Kommandoführung der NATO wurde gewahrt, während gleichzeitig die russischen Truppen unter nationalem Kommando verblieben. Der zuständige russische Kommandeur berichtete sowohl dem einheitlichen (NATO-)Kommando der IFOR als auch dem Generalstab in Moskau, der auch für die operative Führung der russischen IFOR-Einheit zuständig war. Rußland blieb aber damit außerhalb der integrierten militärischen IFOR-Strukturen.

Rußland hat den Beitritt der drei ostmitteleuropäischen Staaten zur NATO im Frühjahr 1999 weniger als direkte militärische Bedrohung der NATO gesehen (zudem den sicherheitspolitischen Bedenken Moskaus in militärischer Hinsicht entsprochen wurde), sondern vor allem als geopolitische Bedrohung, welche die Rolle, den Status und den Einfluß Rußlands in Europa vermindere. Dabei hat Rußland niemals die westliche Sichtweise anerkannt, nach der die Aufnahme neuer Beitrittskandidaten in die NATO als paralleler Prozeß zu den Integrationsbemühungen der westlichen Allianz in die anderen euro-atlantischen Organisationen und somit als integraler Bestandteil der

europäischen Einigung verstanden wurde. Allerdings tragen hierbei die EU-Staaten selbst die Verantwortung für das Scheitern eines solchen parallelen Prozesses, nachdem sie eine frühere Aufnahme von mittelosteuropäischen Beitrittsstaaten in die EU aus innenpolitischen Gründen abgelehnt hatten. Damit aber war die zeitliche Parallelität der ökonomischen und sicherheitspolitischen Integrationsprozesse aufgehoben worden.

Auf absehbare Zeit wird die russische Außenpolitik wohl weiterhin zwischen den Polen Kooperation und Konfrontation mit dem Westen pendeln. Die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit ökonomisch-finanzieller Ressourcen kann jedoch nur von Anspruchseite, d.h. von Rußland selbst, geschlossen werden, wenn die Stabilität der Rußländischen Föderation für die europäische und globale Sicherheit gewahrt werden soll. Moskau muß dabei im eigenen Interesse die gravierenden Widersprüche in seiner Politik auflösen müssen: Weder kann Rußland glaubwürdig Anspruch auf eine G 8-Mitgliedschaft begründen und gleichzeitig seine faktische Zahlungsunfähigkeit (oder besser -unwilligkeit) erklären (während zudem die Verteidigungsausgaben steigen und inzwischen nicht weniger als 5–6 Prozent – anstatt der offiziellen 2,6 Prozent – des BIP ausmachen) noch kann Rußland ernsthaft einen militärischen Großmachtstatus vor allem seiner Nuklear- und Marinestreitkräfte auf der Basis eines BIP in der Größe der Niederlande aufrechterhalten.

Findet daher auch in den nächsten Jahren kein tiefgreifender Bewußtseinswandel als wesentliche Voraussetzung für die Wiederaufnahme und Beschleunigung des Reformprozesses statt, könnte sich der Abstieg Rußlands als Großmacht beschleunigen und vermutlich für lange Zeit unumkehrbar werden sowie möglicherweise für Rußland, aber auch Europa und Asien negative Konsequenzen für Stabilität und Prosperität haben. Daher sollte Rußland seine Kräfte und Ressourcen nicht auf eine Konfrontation mit der NATO ablenken, sondern „im Gegenteil für gemeinsame, auf die Festigung des Friedens und der Zusammenarbeit zielende Anstrengungen mit der Allianz einsetzen“, wie vereinzelt russische Sicherheitsexperten erkannt haben. Dabei könnte als erster Schritt vor allem die Zusammenarbeit bei Peacekeeping-Operationen und beim Spektrum nicht-militärischer Aufgaben (Ökologie, Wissenschaft, Bildung, Katastrophenschutz, Bekämpfung des Terrorismus und illegalen Drogenhandels usw.) erheblich intensiviert werden, die in den letzten Jahren in der NATO weiter an Bedeutung gewonnen haben.

Dabei wird der Westen auch weiterhin Pragmatismus und Flexibilität mit Verständnis für die tradierten sicherheitspolitischen Perzeptionen in Rußland aufbringen müssen – allerdings nicht auf Kosten und zu Lasten der kleineren ostmitteleuropäischen und eurasischen Staaten. Rußland wiederum wird sich zukünftig damit anfreunden müssen, daß auch im Fall der weiteren Ausprägung von GASP und ESVP die NATO faktisch die wichtigste europäische Sicherheitsorganisation bleiben wird. Bei mehr Pragmatismus auf russischer Seite muß dies keineswegs den geopolitischen und geostrategischen Sicherheitsinteressen Rußlands widersprechen, deren Definition im 21. Jahrhundert unter den Bedingungen zunehmender Globalisierung von Wirtschafts- und Sicherheitspolitik früher oder später ohnehin gänzlich anders aussehen muß und wird.